

Schauspiels zu erkennen. Das hindert uns nicht, in den Plünderereien ein Warnungssignal zu erblicken, das auch die Regierung angeht. Mit Versammlungsverboten und mit losgelassener Sipo ist der Wurzel des Übels nicht beizukommen. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie den Mut aufbringt, dem Uebel endlich an die Wurzel zu gehen. Wir erwarten positive und sofort wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers, der mit zynischer Offenheit betrieben wird, und zur Behebung der Not vor allem der Arbeitslosen. Für die in Arbeit stehenden Massen werden die Gewerkschaften und Tarifgemeinschaften in beschleunigtem Tempo zu sorgen haben.

Die Hundertschaft z. b. B.

Oder wie man sich beim Bürgertum einen geachteten Namen macht

Im „Deutschen Abendblatt“ des Herrn Reinhold Wulle fordert Reventlow, als Wortführer der „Freunde der Ordnung und Sicherheit“, das Fortbestehen der berühmten Hundertschaft zur besonderen Verwendung, die gerichtsnotorisch eine Verbrecherzentrale ist. Die Forderung des Herrn Reventlow und die Form, in der er sie vorbringt, zeigt, für welche Zwecke sich die Reaktionsäre die Plünderungen dienstbar machen wollen. Welt Berlin seit einigen Tagen Plünderungen von Lebensmittel- und Kleiderläden erlebt, weiß Berlin ferner das Zentrum der bolschewistischen Propaganda sei, die Herr Reventlow in einem Atem mit den Plünderern nennt, darum müsse die in einem Atem mit den Plünderern nennt, darum müsse die bleiben. Durch die „Selbstverleugnung, Entschlossenheit und Tapferkeit“ im Kampfe gegen alle umstürzlerischen Elemente habe sich die Hundertschaft einen gefürchteten Namen verschafft. Darum sei gerade sie in der gegenwärtigen Situation die rechte Waffe gegen die zur Verzeufung getriebenen Plünderer. Mit widerlichem Zynismus beschreibt Reventlow die Plünderer wider besseres Wissen auf die folgende Weise:

Seit einigen Tagen ist es in Berlin Mode geworden, daß Geschäfte, Lebensmittelläden, Kleiderläden geplündert werden. Schwer beladen und hochbehaft ziehen die Räuber ab. Die Polizei „besitzt“ sie häufig nicht, ermahnt sie höchstens, nicht auf der Straße stehen zu bleiben. Ansehend haben die Polizeibeamten den Auftrag, das unethische Eigentum nicht zu schützen, um so den Weg anzubereiten, welchen Herr Severing so schön bezeichnet hat, daß das Volk die Revolution nunmehr „durchführt“.

Der Zweck dieser Hehe ist deutlich. Die Herren um Reventlow und Wulle möchten die Gelegenheit der Plünderungen benutzen, um die Bruststücken der mordlustigen Reaktion unter den Truppen der Republik für unethisch zu erklären und zu erhalten. Sie haben den Wunsch, die Hundertschaft z. b. B. und ähnliche Horden, die unter dem fatten Bürgertum allerdings keinen gefürchteten, sondern einen geachteten Namen haben, zur Aktion gegen die Arbeiterklasse zu führen. Aus dieser Stimme aus dem Lager der fatten Ordnung ergibt sich deutlich, wie notwendig die Warnungen sind, die wir im Leitartikel der heutigen Nummern ausgesprochen haben. Die Hehe, die nicht nur dieses Wulle-Blatt, sondern nahezu die gesamte bürgerliche Presse in Verbindung mit den Plünderern gegen Teile der Arbeiterschaft treibt, hat nur den Zweck, Polizei, Justiz und Regierung auf einen Weg zu drängen, der dieser Reaktion genehm ist und auf dem sie ihre niedrigen Zwecke zu erreichen hofft. Der Ruf nach der Hundertschaft z. b. B. ist ein Symptom dafür, daß ihnen die Selbstenheit günstig erscheint. Diese Kreise werden daher heute schon mit Wohlwollen auf den Polizeipräsidenten Richter blicken, denn sie werden finden, daß er mit seiner Verordnung den ersten Schritt auf diesem Wege bereits getan hat. Wir indes geben einstweilen die Hoffnung nicht auf, daß der Polizeipräsident unseren Warnungen gegenüber nicht taub ist. Dieser Artikel des Herrn Reventlow ist aber auch eine Warnung an alle, die sich etwa in gutem Glauben zu den Plünderungen haben verleiten lassen, denn daran sehen sie deutlich, wem allein diese Vorfälle Wasser auf die Mühle liefern.

Bayern sucht neue Konflikte

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 22. November.

Heute Abend hat der Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages als ersten Punkt der morgigen Ausschlußberatungen folgende: Stellungnahme zu einer etwaigen Beschäftigung der Festung Niederhörsfeld durch den Reichstagsausschuß, um durch diese Beratungen einen Konflikt Bayerns mit dem Reich vorzubeugen. In Wirklichkeit wird dabei ein Protest gegen die Verletzung der bayerischen Justitionsrechte herauskommen, das gleichbedeutend sein wird mit einem neuen Konflikt.

Dieser Beschluß entspricht den bereits gestern gemeldeten Auffassungen der „Bayerischen Staatszeitung“ und der „Münchener Neuesten Nachrichten“, die beide gegen eine etwaige Unterwerfung der Zustände auf Niederhörsfeld Sturm laufen. Vorgegeben wird die bayerische Justitionsbehörde, in Wirklichkeit hat man die begründete Furcht, daß eine eingehende Untersuchung die gemeldeten Verordnungen über die landbäuerliche Behandlung der bayerischen Festungsgefangenen bestätigen wird.

Wieder eine falsche Fahrt?

Selbstgefälligkeit eines Erzberger-Mörders?

Das Pressamt des Dresdner Polizeipräsidenten teilte mit: In der vergangenen Nacht hat sich ein Mann der Polizei freiwillig gestellt, welcher behauptet, mit dem Mörder Erzbergers Tilsenens identisch zu sein. Da der Mann keinerlei Papiere bei sich hatte und auch die von ihm angegebenen Geburtsdaten mit denen Tilsenens nicht übereinstimmen, müssen seine Angaben mit großer Vorsicht aufgenommen und geprüft werden. Er lehnt die Verantwortung gewisser für seine Identifizierung außerordentlich wichtiger Fragen ab. Seine Gesichtszüge weisen eine gewisse Ähnlichkeit mit der vorliegenden Photographie auf, auch stimmt mit der Personenbeschreibung überein, daß sich quer über den Hals eine Narbe zieht. Am Anschein nach handelt es sich auch in diesem Fall um eine von den Komplizen der Erzberger-Mörder gestellte falsche Fahrt, die die Nachforschungen der Behörden nach den wirklichen Tätern irreführen soll.

Ein internationaler Demokratenkongreß wird in Paris am 4. Dezember stattfinden, den der französische Abgeordnete Marc Sangnier einberufen hat. Von deutscher Seite sind im Präsidium der Pariser Jochem, Generalsekretär der Arbeiterliga der deutschen Katholiken, ferner der Delegierte des Komitees für das Recht der Minoritäten in Berlin, Johannes Liebig, und der Präsident der Vereinigung der pazifistischen Studenten in Berlin, Alfred Schneider, ferner sind im Präsidium der ungarische Abgeordnete Warrar Gichwein und der Grazer Professor Dr. Meyger.

Um die Geschäftsordnung des Landtages

Abwürgung der Opposition

Im Preussischen Landtag kam gestern der Entwurf einer Geschäftsordnung für den Preussischen Landtag zur Beratung, der bereits im Ausschuß die drei Lesungen passiert hat und in einigen Paragraphen eine wesentliche Verschärfung der bisherigen Geschäftsordnung darstellt. Die Verschärfungen wurden in dem Entwurf hineingeschoben, um die Opposition und Obstruktion unmöglich zu machen. Wir haben im Verlauf der Ausschlußberatungen wiederholt über die Vorgänge berichtet. Die bürgerlichen Parteien, denen sich die Rechtssozialisten angeschlossen, begründeten die angebliche Notwendigkeit dieser Maßnahmen damit, daß den Treibern der Kommunisten, die mit den Gesplogenen eines Parlamentes nicht in Einklang gebracht werden könnten, ein Ende gemacht werden müsse. Sie stützten sich dabei insbesondere auf Vorgänge, die sich während des Sommers im Plenum abspielten. Das Auftreten der Kommunisten in der Sonnabendtagung des Landtags gab nun den bürgerlichen Parteien willkommenen Anlaß, die Geschäftsordnung mit ihren verschärfen Bestimmungen sofort zur Beratung zu bringen und sie so schnell wie möglich durchzusetzen. Die bereits vorgeschobene Etatsberatungen wurden daher zurückgestellt.

Die Kommunisten haben für die Lesung im Plenum eine ganze Reihe von Änderungsanträgen eingebracht. Sie haben beschloffen, zu jedem einzelnen Paragraphen das Wort zu ergreifen, auch wenn diese durchaus sachlich gehalten sind und jene Selbstverständlichkeiten festlegen, die für einen geordneten Gang der Verhandlungen in einem Parlament nun einmal unbedingt notwendig sind. Die unabhängige Fraktion, die wiederholt erklärt hat, daß sie das Gebahren der Kommunisten in jedem einzelnen Falle nicht billigen könne, und die auch bei den Ausschlußberatungen mit allen Mitteln gegen die verschärfen Bestimmungen angekämpft hat, wird auch im Plenum gegen die entsprechenden Paragraphen des Entwurfs entschieden Front machen. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um den § 59, welcher vorsieht, daß ein Abgeordneter, der in großer Weise die Ordnung verleiht, ohne weiteres vom Präsidenten von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen ist und den Sitzungssaal zu verlassen hat. Wird Widerstand geleistet, so soll die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben werden. Der Abgeordnete zieht sich in diesem Falle ohne weiteres der Ausschluß für die weiteren acht Sitzungen des Landtags zu. In besonders schweren Fällen kann der Ausschluß den widerspenstigen Abgeordneten durch einen mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß von der Teilnahme an höchstens 15 Sitzungstagen des Landtags ausschließen. Auch an den Ausschlußungen darf ein solchermaßen bestraffter Abgeordneter während der Dauer der Ausschließung nicht teilnehmen.

Die unabhängige Fraktion hat einen Antrag eingebracht, der die bisherigen Ordnungsbestimmungen, die lediglich dem Präsidenten das Recht geben, einen Abgeordneten zur Ordnung zu

rufen, aufrecht erhalten will. Ebenso wird sie, wie Genosse Leib ausführte, gegen jeden Paragraphen stimmen, der eine Verschärfung der bisherigen Ordnungsbestimmungen bringt. Die Kommunisten hingegen glauben, aus der verschärfen Geschäftsordnung eine große Aktion machen zu können. Das Vorbild dazu wurde bereits gestern aufgeführt, wobei es wiederholt zu scharfen Zusammenstößen mit den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten kam. Da die Geschäftsordnung im ganzen etwa 100 Paragraphen hat, können sich die Verhandlungen darüber infolge der Haltung der Kommunisten bis Weihnachten hinziehen. Die bürgerlichen Parteien scheinen keine Neigung zu zeigen, von ihrem Vorhaben Abstand nehmen zu wollen. Leider sind ihnen dafür alle billigen Gründe geliefert worden. Letzte Tages kommt die verschärfte Geschäftsordnung freilich einer Mundstummmachung jeder Opposition gleich, obwohl diese ebenso wie die Obstruktion zu dem ehernen Bestand eines jeden Parlamentes gehören muß. Die Rechtssozialisten sind im Prinzip von diesem Gebantengang abgewichen, obwohl gerade der Präsident Leinerz ein lebendiges Beispiel dafür ist, daß auch die Rechtssozialisten ihre gewissen Erfahrungen gemacht haben. Es war ein heiteres Zwischenstück, als der kommunistische Abgeordnete Schulz, mit einem Paket beladen, die Tribüne bestieg, während seiner Rede die Umhüllung abstreifte und zwei hauchdünne Eisenknäpfe zum Vorschein brachte, die Herr Leinerz sehr interessiert anstarrte. Diese Knäpfe haben nämlich den Charakter einer Reklame bekommen. Sie wurden dem Abgeordneten Leinerz und Hoffmann seinerzeit zugesandt, als sie im Jahre 1909, von derben Schupmannsfraktion gebastet, aus dem Preussischen Parlament der Reichstages hinausgeschickt wurden. Die Kommunisten haben diese Reklamen, mit denen sich auf Wunsch eines Spatzvogels die betreffenden Abgeordneten zur Wehr sehen sollten, aufbewahrt. Sie tragen immer noch ein weißes Zettelchen mit der Aufschrift: „Hoffmann“ und „Leinerz“.

Während der Verhandlungen war im Hause eine Delegation von Betriebsräten aus Wittenberg erschienen, die den Abgeordneten eine Schilderung über die Zustände in der Strafanstalt Wittenberg gaben und die Forderung erhoben, die politischen Gefangenen unter allen Umständen frei zu lassen. Die Kommunisten beantragten, diese Angelegenheit sofort zur Sprache zu bringen. Genosse Bod-Nagelberg stellte demgegenüber den Antrag, sofort einen Ausschuß zu bilden, der sich auf schnellstem Wege nach Wittenberg zu begeben habe, um die Verhältnisse am Ort und Stelle zu prüfen und dann dem Hause Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Es könne nicht ins Blaue hinein gerichtet werden, man müsse eine sachliche Unterlage für die Beratungen haben. Der unabhängige Antrag wurde zum Beschluß erhoben, der Ausschuß hat sich noch im Verlauf des Abends gebildet.

Gegen 5 Uhr ergab die Abstimmung über den § 5 der Geschäftsordnung die Beschlussfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wurde darauf auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Die flamenischen Kulturzwillinge

Wir erhalten folgende Zuschrift aus Verviers:

Für den neuen Geist hat der bisherige Kultusminister Beder nicht das geringste getan, wie überhaupt von Geist während seiner Ministerzeitigkeit unter den Flamen kaum ein Hauch zu spüren war. Vielmehr wurden von ihm Vertreter moderner Anschauungen — unter Umstoßung von Entscheidungen seines doch gewiß jähnen Vorgängers — strafverleht, während ihm kein Gleichhandlung sein genug war, um als schuldig besundene Reaktionen damit zu behandeln.

Nach Mirzlich hat er die Volksschullehrer zwecks ihrer Heranbildung — vermutlich zur Gesinnungsbildung — wieder in die Katernen der Seminare verbannt und als seinen Schwaneingang einen Erlaß herausgegeben, worin er „das Provinzialkollegium beauftragt, die Schulleiter zu ernennen, die Schüler und Schülerinnen, die an dem 10. Stiftungsfest des Jung-Deutschlandbundes teilnehmen wollen, vom Unterricht zu befreien.“

Diese „erhebende Veranstaltung“ gestaltete sich — nach dem Bericht des Lokalanzeigers — in Anwesenheit eines Vertreters des Oberpräsidenten, der dessen Größe überbrachte — zu einer wilden Hehe unter der Parole:

„Schwarzweißrot sei wieder Trumpf!
Raus aus dem sozialistischen Sumpf!“

Demgegenüber möchten wir uns die beschuldene Anfrage gestatten: Welche der „unpolitische Beamtenminister“ Beder von den Tendenzen dieses von dem berühmten v. d. Goltz zur Pflege des Militarismus gegründeten Vereins, oder nicht? —

Hat er die „erhebende Veranstaltung“ ans Licht gefördert und damit in ungehöriger Weise reaktionäre Propaganda in die Säulen der deutschen Republik getragen oder geschah es aus Unkenntnis, womit er eine unerhörte Vernachlässigung seiner Amtspflichten an den Tag gelagert hätte?

Die Fragen, die hier dem ehemaligen Kultusminister gestellt werden, sind deswegen auch jetzt noch nicht verpätet, weil Herr Beder als Staatssekretär des Herrn Voelck auf dem Gebiete der Kulturpolitik weiterregiert. Beder ist überhaupt im Kultusministerium der ruhende Pol in der Flucht der Ministerwechselungen. Er war Staatssekretär bei Haensch und ist es jetzt bei Voelck. Jetzt dieser Umstand, daß er vielerlei kann, so zeigen seine Taten, die er als Minister vollbracht hat, wie aus dem obigen Beispiel ersichtlich ist, daß er mit Herrn Voelck wahrscheinlich auf das trefflichste übereinstimmt. Die Freude der großen Koalition über ihre flamenischen Kulturzwillinge kann mithin eine ungetrübte sein.

Kleine Nachrichten

Professor Dr. Franz Staudinger gestorben. In den ersten Morgenstunden des 18. November ist Professor Dr. Franz Staudinger im 73. Lebensjahre in Darmstadt gestorben. Staudinger hat sich in der Arbeiterkammer einen Namen erworben als Theoretiker und Praktiker der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Er war Mitglied des Ausschusses des Zentralverbandes und der Verlagsgenossenschaft deutscher Konsumvereine, ferner des Aufsichtsrats der Darmstädter Konsumgenossenschaft, die er selbst gegründet hat. Zahlreiche sozialwissenschaftliche und genossenschaftliche Schriften haben seinen Ruhm in der ganzen Welt verbreitet. Die „Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz“ verbreitet einen Nachruf auf Staudinger, worin sie sagt, daß die deutsche Genossenschaftsbewegung irrtümelnd, aber in Dankbarkeit an der Bahre dieses hervorragenden Mannes stehe.

Die Marktpreise in Moskau. Die Marktpreise in Moskau betragen am 20. Oktober für Roggenbrot 2400 Rubel das Pfund (= 400 Gramm), für Weizenbrot 2000 Rubel, Kartoffeln 530 Rubel, Fleisch 8500 Rubel, Butter 25 000 Rubel, Raffinadesüder 40 000 Rubel, Streuzucker 26 500 Rubel, Herings das Stück 6000 Rubel, 1 Liter Milch 4300 Rubel. Die Preise sind in der letzten Woche, der letzten amtlichen „Wirtschaftsstatistik“ zufolge, durchgehend gestiegen.

Die polnische Delegation für Genf

Für die in Genf stattfindenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien ist vom polnischen Ministerium folgende Delegation bestimmt worden: Vorsitzender: Departementsdirektor im Ministerium des auswärtigen Besizjowski; Wirtschaftsfragen: Dr. Bernhard Diekmann; Vertreter des Ministeriums des Reichers: August Popiawski; Eisenbahnen: Bigeminister Eberhardt und Ingenieur Janda; Wasser: Ingenieur Rutkowski; Elektrizität: Ingenieur Ganczal und Leon Janowski; Waldfragen: Ministerialbeamte Malawiecki und Rodzefewski sowie die Direktoren Jajans und Szallita; Wä: Chutkowski, Dr. Wolf, Dr. Tenner; Post: Dr. Koch; Kohle: Ingenieur Bobog-Rasnowobski und Kramozyn; Eisen: Ingenieur Rudowski und Kizsla; Arbeiterverfassung: Studer, Czaj und Koc; Justiz einschließlich Konzeptionen und Privilegienfragen: Dr. Leitgeber; Kinderrechtsfrage: Dr. Wasserberger. Außerdem gehören der Delegation noch Vertreter der Arbeiter und Unternehmer an.

Die drei Hauptverhandlungsfragen

Nach Informationen der „Post, Ztg.“ werden von deutscher Seite vor allem drei grundsätzliche Fragen aufgeworfen werden:

1. Die Fortsetzung des Schutzes vor Enteignung nach Ablauf der 15jährigen Ubergangsfrist.
2. Wirtschaftlicher Erlaß- und Rechtschutz für die Deutschen auf polnischen Gebieten.
3. Uebernahme eines der Leistungsfähigkeit des polnischen Werkschleffen entsprechenden Anteils an der Reparation durch Polen.

In Genf werden nur Vorverhandlungen geführt werden, da diese Stadt für die eigentlichen und dauernden Verhandlungen, die unter Beteiligung zahlreicher Sachverständiger vor sich gehen müssen, aus naturlichen Gründen nicht in Betracht kommt. Man wird in Genf feststellen, wo die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen, und es hat den Anschein, daß man sich auf Wien einigen wird, nachdem der Verlegung der Verhandlungen nach Opatow, die von der deutschen Regierung in Aussicht genommen war, von der Interalliierten Kommission Schwierigkeiten bereitet worden sind.

Krach in der Pariser Kammer

Ausschließung eines kommunistischen Deputierten

Paris, 22. November.

In der heutigen Kammer Sitzung brachten die Kommunisten Interpellationen ein, die sich auf die sofortige Freilassung der in Paris gemählten Kandidaten Marth und Badina bezogen. Der stellvertretende Ministerpräsident Bonnevay verlangte, daß die Beratung dieser Interpellationen erfolgen solle, wenn die vorliegende Tagesordnung erledigt sei. Dagegen sprachen Cachin und nach ihm Vertin, der das Ufise in die Debatte zog und die Behauptung aufstellte, der Präsident der Republik und die Regierung hätten einen illegalen Krieg gegen Rußland geführt. Der Kammerpräsident verlangte darauf, daß der Abgeordnete Vertin diese für die Mitglieder der Regierung beleidigenden Worte zurücknehme. Vertin weigert sich und verschärfte seine Anschuldigung noch. Auf Antrag des Kammerpräsidenten wird die Zensur über ihn verhängt. In diesem Augenblick kommen die Sozialisten die Internationalen an. 400 bürgerliche Abgeordnete singen die Marschlied, so daß der Präsident gezwungen ist, die Sitzung zu schließen und die Tribünen räumen zu lassen. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung befindet sich der Abgeordnete Vertin, umringt von seinen Freunden, auf seinem Platz. Die Sitzung dauert fort.

Ueber den Verbleib der Gelder der Landwehr-Spende fordert eine im Reichstages einzubringende kleine Anfrage Auskunft. Die Regierung wird Mitte Dezember über die Verwendung des Geldes ausführliche Auskunft geben.

Positive unmittelbare Maßnahmen sind nötig!

Die gestrigen Verhandlungen des Steueraususses — Die Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie
Der Reichskanzler nimmt keine Stellung dazu

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth im Steueraus-
schuß hat bestätigt, was nach den Mitteilungen der letzten
Tage über die Absichten der Reparationskommission bereits
bekannt war. Deutschland muß seine Reparationsverpflich-
tungen zum 15. Januar und am 15. Februar erfüllen.
Ueber das Wie hat der Reichskanzler sich eingehend ausge-
sprochen. Allerdings nicht mit der Klarheit und Bestimmtheit,
die wir erwarten haben. Er hat ausdrücklich mitgeteilt,
dass die Industriellen ihre Bedingungen
für die Gewährung von Krediten nicht geändert haben.
Der Reichskanzler wird sich wohl durch die Erregung, die
diese seine Mitteilung bei der Linken hervorgerufen hat,
darüber im klaren sein, dass sie die Fortsetzung der Verhand-
lungen mit der Industrie als den Beginn des Nachgebens,
wenn nicht der Unterwerfung der Regierung ansieht. Daran
ändert auch seine Mitteilung nichts, dass die Regierung eine
Verbindung zwischen der Kreditation und den Bedingungen
der Industrie nicht zulassen werde. Der Reichskanzler sollte
sich darüber doch im klaren sein, dass er der Stimmung inner-
halb der Industrie, die Schluss machen will mit der Er-
füllungspflicht, nicht Herr wird durch schöne Worte, sondern
nur durch Taten.

Auch die zweite Rede des Reichskanzlers hat uns ent-
täuscht. Gewiss kann man verstehen, dass die Regierung vor
der Beendigung der Verhandlungen nichts Endgültiges sagt
über ihre Absichten, wenn die Verhandlungen scheitern. Das
aber dürfte kein Hindernis sein, zu den Maßnahmen klare
Stellung zu nehmen, die im Augenblick getroffen werden
müssen und einen Aufschub nicht vertragen. Zu diesen
Forderungen der Unabhängigen Sozial-
demokratie hat der Reichskanzler nicht
Stellung genommen. Das bedauern wir um so mehr,
weil nur diese sofort wirklichen Maßnahmen einen Schutz
gegen weitere Preissteigerungen bedeuten und eine Er-
klärung über sie durch die Regierung von den Massen
mit Sehnsucht erwartet wird.

Reichskanzler Dr. Wirth

fährt fort, nachdem er über die Verhandlungen mit der Repara-
tionskommission vertrauliche Mitteilungen gemacht hatte:
„Die Mitglieder der Reparationskommission und ihre Re-
gierungen sind mit außerordentlichem Interesse und mit großen
Hoffnungen den Verhandlungen über die Kreditation der
Industrie gefolgt. Die Reparationskommission wollte wieder-
holt über diese Aktion Mitteilungen haben. Der Präsident der
Reparationskommission hat weitgehende Vorstellungen über die
Notwendigkeit der Aktion erhoben und die Mitglieder der Repara-
tionskommission sähen sich entschlossen, dass die Verhandlungen
über die Kreditation sich so lange hinauszögen. Die Repara-
tionskommission hoffte stark, wenigstens einige befriedigende
Inhaltspunkte für einen Erlass der Kreditation mitnehmen zu
können. Die Frage der Kreditation ist also für das Reparations-
problem von großer Tragweite.“

Wie weit ist man diese Kreditation gediehen?

Es ist aus der Presse bekannt, dass der Reichsverband der Indu-
strie öftliche Darlegungen und Erklärungen über sein Angebot
hat überreichen lassen. Ich will heute nicht darauf eingehen, in
welchen Tagen wird eine ausgedehnte Erklärung der Regierung
über diese Frage entweder dem Ausschuss oder dem Plenum des
Reichstages vorgelegt werden. Vermutlich wird das zu Beginn der
nächsten Woche der Fall sein. Die Bedingungen der Industrie be-
ziehen sich auf die Lösung der schwierigsten Probleme. Mit den Worten
„politische Unmöglichkeit“ sind sie nicht abzuwehren. Die Regierung
wird, wie gelogt, innerhalb weniger Tage die notwendigen Maß-
nahmen, die sie zu ergreifen gedenkt, mitteilen. Die Reichsregie-
rung hat die Kreditation von zwei Seiten befördert, erstens durch
die Bereitwilligkeit zugewiesener Bürgschaften, zweitens durch
Sondierungen bei Finanzleuten in England und Amerika. Auch
in Paris ist entsprechend Fühlung genommen worden. Sie sind
mit steigendem Interesse den Verhandlungen innerhalb der deut-
schen Industriekreise gefolgt. Ich will heute jedes Wort der Pole-
mik vermeiden; wenn aber manche Leute glauben sollten, die Be-
tonung und Betonung der Bedingungen durch die Industriekreise
habe die Möglichkeit der Kreditation in der Welt erleichtert,
werden sie enttäuscht sein. Die Bereitwilligkeit, für Kreditie zu
bürgeln, hat gerade bei den Allierten, insbesondere bei der Re-
parationskommission, eine starke

Bestimmung durch die Bedingungen der Industrie

erfahren. (Hört! hört! links.) Die Sondierungen, wie wir zu
einem langfristigen Kredit kommen können, erwiesen sich eng ver-
knüpft mit der Washingtoner Konferenz. Erst wenn die
Washingtoner Atmosphäre sich gelockert haben wird, wird man auch
in der Kreditfrage klar sehen. Gehung in Washington keine Klä-
rung der internationalen Lage, dann werden die Summen, die
uns heissen könnten, in den großen Abgrund des Vertrauens hin-
einzufließen. Die Bereitwilligkeit der Finanzkreise in England
und Amerika, mit uns zu verhandeln, ist noch immer offen. Fol-
gende Frage ergibt sich: Ist die Reichsregierung und die Industrie
auch dann bereit, die Verhandlungen fortzuführen, wenn es sich
nicht um langfristige Kredite handelt — dabei braucht man nicht
gleich an kurzfristige Kredite zu denken.
Ich bin mir über die Wirkungen eines kurzfristigen Kredits
vollkommen klar. Der sogenannte Rendelsohn-Kredit über 270
Millionen Goldmark, der ein kurzfristiger war, hat ja gewiss
bestimmte ungünstige finanzielle Wirkungen gehabt, aber er hatte
auf der anderen Seite die englische Ansicht über die Weltlage ver-
festigt. Es ist uns ganz klar, dass ein Kredit, der uns für unsere
Januar- und Februarzahlungen die Mittel beschafft, aber nach
kurzer Zeit zurückgezahlt werden muß,

für die Mark ruindeln würde.

Wenn ein Kredit möglich ist, so muß er uns wenigstens für so
viel Monate gewährt werden, nach denen er nach Voraussage
der Industrie zurückgezahlt werden kann. Diese Erkenntnis
scheint auch bei der Reparationskommission vorhanden zu sein.
Verhandlungen sind also aufgenommen. Ob sie einen Erfolg
haben, wissen wir nicht. Sie sind nicht aussichtslos, aber heute
ist eine gewisse Zurückhaltung geboten. Die Industrie denkt auch
an die Möglichkeit, einen Kreditvorstoß zu erhalten, der für die
Januar- und Februarzahlungen herangezogen werden kann.

Die Reichsregierung sieht der Entscheidung der nächsten Tage
mit großer Spannung entgegen. Die Regierung will gemeinsam
mit einer Kommission von Industriellen die Kreditverhandlungen
fortführen. Ich weiß, so sagte der Reichskanzler zum Schluss,
ausdrücklich darauf hin, dass entgegen anderen Mitteilungen der
Presse die

Industrie ihre Bedingungen nicht hat fallen lassen.

(Erregung links.) Im Gegenteil, sie sind wiederholt
worden. Ich erkläre Ihnen aber hier, dass ich nicht in der Lage
bin, die Probleme der Kreditation mit dem übrigen Problem
zu verbinden; das sind Probleme für sich, und die Reichsregierung
wird diesen Weg gehen, wenn die Industrie nicht folgen sollte;
ich nehme aber an, dass sie neben uns marschieren wird. Es ist
der Weg eines Kredits, wenn auch nicht auf lange Sicht, so

doch eines solchen, der nach aller menschlichen Voraussicht noch eine
ökonomische Basis zulässt. Die Regierung wird damit die Politik
fortsetzen, die sie bisher getrieben hat.

Nach dem Reichskanzler erhielt das Wort

Hg. Dr. Herz (L. S. P. D.)

Er äußert zuerst den Wunsch, der Reichskanzler möge sich darüber
ausprechen, von wem der erste Antrag zur Kreditation der
Industrie ausgegangen ist, von der Regierung oder der Industrie.
Er unterbreitet dann besonders die Forderung, dass die Industrie
an ihren Bedingungen festhält und verlangt die Berücksichtigung
des neuen Schreitens des Reichsverbandes. Die Rede des Herrn
Stinnes nach London muß den Eindruck erwecken, als ob dieser
Begner der ganzen Kreditation drüben nicht gerade im Sinne
der Erzielung eines ausländischen Kredits arbeite. Herr
Stinnes gehört zu den Anhängern der Idee, den nach ihrer Ansicht
unfähigen Staat durch die Vermächtnisse des Wirtschaft-
lebens zu erlösen.

Gegen Helfferich gemandt, hebt Herr Heron, dass die Nichterfüllung
des Ultimatus noch viel schlimmere Zustände herbeiführt
haben würde als die, unter denen wir jetzt leben. Das Bedenkliche
ist, dass nichts zur Gründung von Banken heraus gekommen ist.
Wenn wir umfangreichere innere Finanzmaßnahmen durchzuführen,
können wir die Mark wenigstens stabilisieren. Die Differenz
zwischen der inneren und äußeren Kaufkraft der Mark erhöht den
Luxuskonsum.

Die Behauptung der Reichslinken, die Entente finde die deutschen
Beziehungen zu hoch, ist unbeweisbar und unrichtig. Auf jeden
Fall ist nicht das Notwendige geschehen, um unsere Zahlungsbilanz
zu bessern. Woher rühren die großen Guthaben der deutschen
Kapitalisten im Ausland? Was hat die Regierung getan, um diese
Guthaben zu erschöpfen? Man führt für fast 2 1/2 Milliarden Mark
Mais ein, um Branntwein zu brennen, Getreide, um Bier zu
brauen. So erhöhen wir die Einfuhr überflüssiger Waren, die
unsere Bilanz verschlechtern.

Gen. Herz führt dann an der Hand von Bilanzen einzelner
Aktiengesellschaften den Nachweis, dass die Behauptung, die In-
dustrie sei mit Steuern überlastet, unzutreffend ist. Die Steuern
bei diesen Unternehmungen sind heute wesentlich geringer als im
Vorjahre.

Notwendiger als die Erörterung der Vergangenheit sind Ent-
scheidungen für den Augenblick.

Positive, unmittelbar wirkende Maßnahmen müssen ergriffen
werden, um der Geldentwertung Einhalt zu gebieten,

sonst wird die Beunruhigung der Bevölkerung gefährlich wachsen.
Wenn nichts geschieht, wird sich die innere Kaufkraft der Mark der
auswärtigen anpassen. Angeheures Preissteigerungen und Arbeits-
losigkeit werden die Folge sein. Es ist zwecklos, jetzt die Steuer-
vorlagen zu beraten, wir haben Vorschläge gemacht, die zu nächst
behandelt werden müssen.

Dabei hat die Regierung nur irreführende Ziffern
überreicht, irreführend insofern, als sie Einkommen- und Umsatz-
steuer unter die Besitzsteuern rechnet, obwohl sie von den Reichs-
beitragenden getragen werden.

Herz geht dann im einzelnen auf die Anträge der L. S. P.
ein. Er verlangt mit Nachdruck die sofortige Einhebung der aus-
geschriebenen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer und der
Umsatzsteuer. Die Arbeiter haben gesagt, die Besitzenden sind
rückständig. Die Termine für die Ausführung des Reichsnot-
papiers sind zu verlängern. Wenn das für einzelne hart ist, so
bedeutet das für große Massen eine Entschärfung. Weiter fordern
wir die Erhöhung der Ausfuhrabgaben zur Beseitigung der
Konjunkturermittlung.

Was die

Erfassung der Sachwerte

angeht, so ist das Vorgehen vor der Ueberfremdung nicht mehr
angebracht, nachdem selbst Helfferich die jetzt bereits ein-
getretene Ueberfremdung durch die Geldentwertung angegeben hat.
Der Ausländer kann die Aktien der Industrie für ein Entgelt
erwerben. Wir haben die Ueberfremdung auch im Handel und im
Hausbesitz. Diese Ueberfremdung ist Vorteil für den einzelnen,
die Erfassung der Sachwerte würde schmerzhaften Ueberfrem-
dung im Interesse der Gesamtheit bedeuten. Der rechtsprechende
Prof. Schumacher hat vor der Sozialreformkommission die
Ueberfremdung einen natürlichen Prozess genannt.

Was die Frage der Ueberfremdung angeht, so sehe ich da
an dem Standpunkt, den Herr Kollege Wolf zu Anfang seiner
ersten Ausführungen bereits betont hat. Ich sehe in der Ueber-
fremdung nicht nur einen unvermeidlichen, sondern einen natür-
lichen Prozess. Dieser natürliche Prozess ergibt sich in letzter
Instanz aus folgendem: Es sind 20 bis 30 Milliarden Banknoten
von uns ins Ausland gewandert. Das ist eine schwebende
Schuld die Anlage während über Deutschland ruht. Sie muß
einmal in eine langfristige Schuld umgewandelt werden. Das
ist nur möglich durch feste Anlage in den verschiedenen Zweigen
unseres Wirtschaftslebens. Die schwebende Schuld kann also
nur beseitigt werden durch das, was man unglücklicherweise als
Ueberfremdung bezeichnet hat. Es handelt sich daher nicht
darum — das ist für jeden Nationalökonom meines Erachtens
von Anfang an eine unabweisliche Pflicht gewesen — die
Ueberfremdung zu verhindern, sondern ausschließlich darum,
diesem außerordentlich bedauerlichen aber unabweisbaren Pro-
zess so weit wie irgendmöglich — ich möchte sagen — zu ent-
gatten. Da die dauernde Anlage fremder Kapitalisten für eine
Reihe von Jahrzehnten in Deutschland in Milliardenbeträgen
nicht zu vermeiden ist, müssen wir in erster Linie danach trachten,
dass diese Beträge dort investiert werden, wo sie unsere
eigenen Dispositionen im Wirtschaftsleben am wenigsten ge-
fährden.“

Von diesem Standpunkt gehen auch wir an die Dinge heran.
Aber wir haben nie von einem Verkauf der Anteile an den
Aktienunternehmungen an das Ausland gesprochen, sondern nur
von der Verpfändung, und den Bedarf der Verpfändung will
doch schließlich im Prinzip auch die Industrie bei ihrem Kredit-
angebot geben.

Wir wollen, dass die Aktienpreise festgesetzt wird. Für Maß-
nahmen, die dieses Ziel nicht erreichen, können wir die Verant-
wortung nicht übernehmen. Unsere Vorschläge weisen den Weg,
der begangen werden muß; wer sie ablehnt, trägt auch die volle
Verantwortung für die ungeheure Preissteigerung und die
drohende Arbeitslosigkeit.

Dr. Hugs (D. W.) betonte, die deutsche Wirtschaft sei nach außen
hin fast vollständig konjunkturfähig, wie es für den nächsten
Verdächtig den Anschein habe. Durch Besteuerung der Sachwerte
werde an der deutschen Wirtschaft ein so gefährlicher Überfall vor-
genommen, dass er vielleicht tödlich wirken könne. Ein Aus-
gleich zwischen Preisen und Gehältern sei sehr wichtig, er
könne aber in Wirklichkeit erst dann eintreten, wenn wir zu
stabilen Verhältnissen gekommen sind.

Hg. Dr. Spahn (Sen.) trat den Ausführungen des Hg. Herz
(L. S.) entgegen, dessen Projekte er als zu weitgehend bezö-
hnete. Die wichtigste Aufgabe sei die, rasche Ordnung der Finanzen,
eine ausschließliche allgemeine Debatte aber sei zwecklos. Was die
Verhandlungen mit der Reparationskommission anlangt, so sei im
Verlaufe Friedensverträge vorgeschrieben, dass sich weitere Leistungen
in den Grenzen des Möglichen halten und dass uns zu
unserer Lebenshaltung und zur Aufrechterhaltung des Wirtschafts-
lebens das Notwendige verbleibe. Sind die Schwierigkeiten so
groß, dass wir schon jetzt unsere Leistungsfähigkeit erschöpfen
würden? Bei aller Anerkennung der großen Schwierigkeiten glaubt
Rebner doch, diese Frage verneinen zu müssen.

Reichskanzler Dr. Wirth

wartet darauf, wie es in der Reichspressen stattfand geschähe,
eine Katastrophe von heute auf morgen auszubringen und die
Frage der Reparation auf die Spitze zu treiben. In allen Privat-
gesprächen mit Mitgliedern der Reparationskommission sei die
Ansicht von der Prosperität der deutschen Wirtschaft und
der deutschen Industrie zutage getreten. Ein Mitglied der Repara-
tionskommission habe erklärt, es müsse ein Leichtes sein für
die deutsche Industrie durch die Guthaben im Ausland den tag-
lichen Betrag von 500 bis 600 Millionen Mark sofort zu ent-
richten. Der Kanzler habe demgegenüber auf die Schwierigkeiten
hingewiesen, diese Guthaben fortzuführen; die Finanzämter seien
hierzu nicht in der Lage. Die Kreditation habe, wie die Welt
die wirtschaftliche Lage Deutschlands nun einmal ansieht, eine un-
geheure politische Bedeutung. Was die Verhandlungen mit der
Industrie über die Kreditation betrafte, so habe sich der Reichs-
kanzler der Industrie gegenüber für die Fortführung der Politik
der Leistungen ausgesprochen und angedeutet, dass die Industrie
durch eine freiwillige Lat einen Kredit zur Verfügung
stelle. Nur ein solch deutlich sichtbar Opfer könne einen Auf-
schlag nach auch zur Beunruhigung der innerpolitischen Lage bei-
tragen. Die Industrie sei dieser Anregung entgegengekommen und
habe sich zuerst in München ohne Bedingungen für eine solche
Aktion bereit erklärt. Von einer Indiskretion könne bei dieser
Angelegenheit nicht geredet werden, da die Aktion u. a. auch im
Reichswirtschaftsrat in einem großen Gremium zur Sprache kam.

Die Reise Stinnes nach London

Bei der Reise einer Privatperson, auf die die Reichsregierung natür-
lich keinen Einfluss habe. Allerdings habe Stinnes der Reichs-
regierung von seiner Reise vorher Mitteilung gemacht. Die
Führungnahme führender Kreise mit dem Auslande sei sehr zu
begreifen, und er wünsche, dass immer weitere Kreise des deutschen
Wirtschaftslebens, insbesondere auch die Gewerkschaftsführer,
Hand- und Wirtschaftskreise hierzu Gelegenheit nehmen. Was die
Sachberatung betrafte, so werde man um die Erhöhung gewisser
indirekter Steuern nicht herumkommen.

Hg. Dr. Hüffer-Rön (Dem.) Es ist zu beachten, dass ein
einwärtiger kurzfristiger Kredit — da Forderungen eingeleist werden
müssen — uns in eine Schlinge bringen könnte, aus der wir nicht
mehr herauskommen. Helfen kann uns nur ein weisheitsvoller, lang-
fristiger Kredit. Auch die Politik im Innern muß auf das Er-
füllungsproblem eingeleitet werden. Zu den Steuererläufen selbst
helfen wir unsere Ueberzeugung in den Vordergrund, dass der Be-
trag bis an die Grenze des wirtschaftlichen Erträgliches herangezogen
werden muß, und daß die Steuererläufe sich leisten lassen müssen
von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Der
Vorschlag des Hg. Herz zur schmerzlichen Einhebung der bereits
beschlossenen Steuern, etwa auf Grund der Geldentwertung, ent-
spricht unseren Ansichten im Plenum. Für die direkten Steuern
Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde auf Vor-
schlag des Hg. Dr. Pöschke (Dem.) beschlossen, daß die Beratung
der Steuererläufe zunächst in getrennten Ausschüssen und etwa
in der nächsten Woche wieder in dem vereinigten Steueraus-
schuß geschehen soll.

Der Reichshaushalt für 1922

Im Steueraus-
schuß des Reichstags wurde heute eine schätzungs-
weise Borausstellung des Etats für 1922 verlegt. Wir entnehmen
dieser Aufstellung folgende Ziffern:

a) Allgemeine Reichsverwaltung.	
Nach einer Mitte Oktober vorgenommenen Schätzung betrug der Ausgabebedarf des Reichs beim ordentlichen Haushalt ohne die Kontributionsausgaben rund	69 000 Mill. M.
Hierzu treten: der Mehrbedarf für Besol- dungssteigerungen ab 1. 10. 21 — ohne Post und Eisenbahn	2 500 „
Mehrbedarf an Ueberweisungssteuern	500 „
(Der übrige Mehrbedarf ist schon mit rund 12 100 Mill. M. in obigen 69 000 Mill. M. enthalten.)	
Gesamtausgabebedarf beim ordentlichen Haushalt für 1922	72 000 Mill. M.
An ordentlichen Einnahmen sind für 1922 zu erwarten:	
Fortdauernde direkte Steuern	68 171
Einmalige Steuern	3 000
Steuern und Verbrauchsteuern	23 157
Allgem. Verwaltungseinnahmen	6 000
An ordentlichen Einnahmen werden für 1922 hiernach zur Verfügung stehen	100 328 Mill. M.
Mithin Ueber- schuß beim ordentlichen Haus- halt	28 328 „
Beim außerordentlichen Haushalt werden — ohne die Kontributionsausgaben und ohne die Beiträge der Post und Eisenbahn — schätzungsweise benötigt	5 000 Mill. M.
b) Betriebsverwaltungen.	
Fehlbeiträge bei dem ordentlichen Haushalt der Post	2 200 Mill. M.
Ungedeckte Eisenbahnausgaben: Post 2 000 Mill. M.)	8 783 „
Eisenbahn 6 783 „	
mithin ungedeckter Ausgabebedarf	10 983 Mill. M.
c) Kontributionshaushalt.	
Unter der Annahme, daß für 1922 — ab- gesehen von den Reparationszahlungen — annähernd die gleichen Summen benötigt werden wie für 1921, wird der Bedarf ge- schätzt auf	228 000 Mill. M.
Besoldungs- u. m. Erhöhung.	
Der Mehrbedarf aus Anlaß der am 1. August 1921 eingetretenen Erhöhung des Teuerungszuschlages ist — ohne Post und Eisenbahn — aber einschließlich der Folge- wirkungen für Angestellte, Arbeiter, Pen- sionäre usw. für die allgemeine Reichsver- waltung auf jährlich	3 145 Mill. M. veranschlagt.
Der Gesamtmehrbedarf für Besoldungs- erhöhungen ab 1. August 1921 bis 1. Ok- tober 1921 wird auf jährlich	21 005 Mill. M. geschätzt.
Dieser Mehrbedarf ist in den Voranschlägen für 1922 bereits berücksichtigt.	
Den Ländern und Gemeinden soll der Mehrbedarf für Besol- dungserhöhungen insoweit erlattet werden, als er nicht in Mehr- erträgen aus Ueberweisungssteuern gedeckt wird. Eine Schätzung dieses Mehrbedarfs ist zur Zeit noch nicht möglich.	
Für Sozialrenten sind in den Nachtrags- haushalt für 1921 eingestellt	1 400 Mill. M.
Für 1922 werden gefordert	2 800 „
Für Altsoldaten und in den Nachtrags- haushalt für 1921 eingestellt	100 Mill. M.
Für 1922 werden gefordert	200 „
Die Verhandlungen hierüber sind aber noch nicht abgeschlossen, so daß die Zahlen noch nicht als endgültig anzusehen sind. Wegen der Kriegsdienstleistungen schweben zur Zeit Ermäßigungen, die bisher noch nicht zu einem greifbaren Ergebnis geführt haben.	

Aus der Wirtschaft

Sie schwimmen in Geld

Die „Leipziger Wochenchrift für Textilindustrie“ schreibt, daß die augenblickliche Lage in der Textilindustrie einen immer panikartigeren Charakter annehme. Das Publikum scheint nur das Bestreben zu kennen, die Papiermark in Sachwerte umzuwandeln, kauft aus diesem Bestreben heraus weit über seinen augenblicklichen Bedarf und zahlt unbedenken jeden Preis. Dabei kommt der Ansturm so schnell, daß viele Kleinhandlerviel-fach ganz übersehen haben, sich richtig darauf einzustellen und in vielen Fällen direkt leer gekauft worden sind. Die Einzelhändler schwimmen in Geld, das die Kundenschaft so schnell wie möglich loszuwerden bemüht ist. Über dieser glänzende Geschäftsgang läßt keine rechte Freude aufkommen, und mancher Einzelhändler fragt sich heute nicht mit Unrecht, was mache ich nun mit dem Geld? Die Möglichkeit, das selbe so schnell wie möglich wieder in Ware anzulegen, ist augenblicklich nicht gegeben, denn die Einkaufspreise nach Berlin sowie nach den Fabriklagen zeigen nur bald, daß die Lager der Großhändler außer den leeren Regalen absolut nichts enthalten. Das gleiche gilt auch von den Fabriklagern, denn jedes Stück, das aus der Weberei kommt, ist seit langem bestellt, ja nicht nur das, auch die Produktion der nächsten Monate ist bis April und Mai hinein bereits vollständig ausverkauft. Greifbare Ware wird heute mit Gold aufgewogen. Gabardines und Belours, die noch im Juni mit 75-80 M. teuer waren, werden heute glatt mit 175 und 200 M. bezahlt, dergleichen Costumes und ähnliche halbfertige Gewebe, für die man heute ganz enorme Preise bietet,

zumal heute für derartige Stoffe schon ab Fabrik bei vier- und fünfmonatlicher Lieferzeit um 100 M. höhere Preise gefordert und bewilligt werden.

Nicht nur die Einzelhändler, sondern alle kapitalistischen Kreise schwimmen heute in Geld. Es wird höchste Zeit, daß hier zugegriffen und das Kapital gezwungen wird, nach dem vollen Ausmaß seiner Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Staates beizutragen!

Die Hausse in der Textilindustrie

Das „Bollard“ berichtet: Alle Branchen sind mit Aufträgen für Monate eingedeckt — eine Tatsache, die auch in den günstigsten beschäftigten Konkurrenzländern nur für gewisse Zweige gilt. Ware auf unmittelbare Lieferung ist nirgends zu erhalten. Der Großhandel sieht vor leeren Lagern, der Kleinhandel vermag die dringende Nachfrage nicht zu befriedigen. Trotz bereits wochenlangem Steigerung der Preise ist die Kaufkraft des Publikums noch keineswegs gehemmt. Gar zu erheblich ist die Notwendigkeit der Beschaffung von solchen Bekleidungsgegenständen, wie sie seit Vorkriegszeit weite Schichten des Volkes haben entbehren müssen, gar zu groß andererseits die Angst, bei weiteren Preissteigerungen nicht über die hinreichende Kaufkraft zum Bezug der Ware zu verfügen. Neben und vor den heimischen Käufern bedrängen ausländische Einkäufer den Markt. In dem Maße, in dem die deutsche Galuta sinkt, steigt die Heftigkeit der ausländischen Nachfrage. Vom Norden bis über Hamburg, vom Westen durch das ganze besetzte Gebiet und vom Osten aus den südlichen Grenzländern, drängen die Scharen derer ins Land, die Einzel- und Massenerkäufe zu Konsum und Wiederverkaufszwecken zu tätigen beabsichtigen und dabei Tag um Tag den Vorrat an wichtigen deutschen Verbrauchs- und

Tauschwaren vermindern, ohne in der Gestalt der gezahlten Marksummen der deutschen Volkswirtschaft auch nur ein annäherndes Äquivalent hinterlassen zu haben. So bedeutsam ist dieser sogenannte German boom für den internationalen Markt, daß fast jedes konkurrierende oder abnehmende Land erhebliche Folgen zu fürchten hat.

Diese glänzende Konjunktur geht auf Kosten der Arbeiter. Während die Unternehmer Kleingewinne einstecken, sinken die Real-löhne der Arbeiter immer tiefer hinab. Und nicht sie sind es, die sich jetzt an dem „Ausverkauf“ beteiligen können.

Wie die Großhandelspreise steigen

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes schnellte unter dem Einfluß der katastrophalen Marktentwertung von 2007 im Durchschnitt des September auf 2460 im Durchschnitt des Oktober empor. Die Preissteigerung ist allgemein und zwar stiegen Getreide und Kartoffeln von 2016 auf 2325, Kolonialwaren von 2317 auf 3099, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2020 auf 2417; ferner Häute und Leder von 3727 auf 4539, Textilien von 3070 auf 4176, Metalle von 2006 auf 2965, Kohle und Eisen von 1830 auf 1885, Industriestoffe zusammen von 2155 auf 2539, die vorwiegend im Inland erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Fett, Kohlen und Eisen) von 1932 auf 2235. Die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren stiegen von 2013 auf 3555. Der Dollar stieg im Durchschnitt im Oktober gegenüber dem September in Berlin um 42,9 Proz.; ihm folgten unmittelbar die Einfuhrwaren mit einer Preissteigerung von 35,6 Prozent, während sich das Preisniveau für Inlandwaren gleichzeitig um 14,5 Proz. hob.

Jch hab's!



Urban

Bester Schuh-Putz

Fabrik: Urban & Lentz, Charlottenburg

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich **Urban-Terpentinölware**, die noch nie erreichte Qualität.

Goeben erschienen!



Urban
Ganzjahres
vom Kleinkind bis

Von Ad. Jensen u. B. Lamogus / Buchdruck d. Hugo Cittel
Halbleinen gebunden, der Titel in Dreifarben-Druck
12.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2
Breite Straße 5-9
auch in allen Filialen der „Freiheit“ vorräthig



Aus edelsten Orienttabaken
Zigaretten

Theater u. Vergnügungen

Polka-Bühne
11 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Herrungen

Neues Volkstheater
11 Uhr: Hofe Bernd

Staatstheater
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Deutsches Theater
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Kammerstücke
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Großes Schauspielhaus
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Theater l. d. Königsberger Str.
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Remodienhaus: Die Fahrt ins Blaue
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Berliner Theater:
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Prinzessin Olala
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Wagner-Theater
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Komische Oper
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Circus Busch
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

500 Haas-Hey-Kostüme
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

Reifen-Theater
11 Uhr: Die Komödie der Herrungen

8 Uhr SCALIA 11

Glühlampen
Niedrigwattlampen u. ähnl.
Elektro-Instal.-Material
kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Rebrikgeb. III.

Metall
Kupfer, Messing, Zink, Blei, Zinn etc.
Zuckermann,
Eiffelstr. 9, von 8-12
Norden 4601.

Altmetalle
unverderbliche Preise
sollt Baderstr. 34, Hof

judende Haut-
auslösche mit wässrigen
Säuren u. kleinen roten
Punkten verschwinden in
wenigen Tagen durch
Reichers' Kräftigkeits-
lotion. 12.- M. Otto
Reichers, Berlin 46, D.D.,
Eisenbahnstraße 4.

Dr. med. Karl Reinhardt's Spezialärztl. Institut
Potsdamer Str. 117, a. d. Lützowstr.
Glänzende Erfolge durch unser bewährtes Heilverfahren bei allen
Gehirnerkrankungen, Syphilis,
Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schwäche
Schnelle sichere Behandlung ohne Verabreichung
Schmerzmittel, Coloursin-Kuren, Herz- und Blau-
erkrankung, Auskuren und Beratung kostenlos.
Büchle 3 Jahrgänge.
Warnung vor minderwertigen aber
schädlichen Heilverfahren
Spr. 12-2 u. 6-8. Sonn. 11-1.

Der Mieterschutz
Preis 4.00
Bestellen Sie sofort bei der
Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

4 Sehr preiswerte Angebote 4

Pelzmäntel	6800, 7500, 12500
Sealpüschmäntel	2900, 3500
Astrachanmäntel, 120 lang	390, 800, 1050
Ulster	260, 480, 650

Besonders günstige Gelegenheitskäufe!!

Tuchmäntel	450, 580, 875
Strickjacken	180, 250, 360
Impr. Mäntel	185, 310, 560
Kostüme	200, 410, 790, 1360
Röcke	70, 180, 310
Kleider	250, 380, 850
Gummimäntel für Herren	490
Gummimäntel für Damen	410

WESTMANN

Berlin W 8 Mohrenstrasse 37a
Berlin N O 18 Gr. Frankfurter Str. 115

Lohnkartell für die Gemeldbetriebe Berlins

Donnerstag, den 24. November 1921, abends 7 Uhr, in Ritzmann, „Großen Saal“, Hansstraße 13-15

Funktionär-Versammlung

Tagessatzung:
Stellungnahme zum Beschluß des Magistrats betreffend die einmalige Wirtschaftsheilhilfe.
Zutritt haben nur Funktionäre des Lohnkartells gegen Vorzeigung des Funktionären- und Mitgliedsausweises.
Für die Mitglieder des Lohnkartells und der Tarifkommission findet am gleichen Tage, nachmittags 5 Uhr, bei Ritzmann in Ritzmann ein Vorbesprechung statt.
Verband der Gemeindev- und Staatsarbeiter
Deutscher Transportarbeiter-Verband
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verband der Maschinisten und Heizer
Verband der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter
Zentralverband der Angestellten

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl billige Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlforschung ist. Amt Zentrum 7800
Sonntags geschlossen.

Schwarzdruckgraveur
auf Stahlstich sucht
Wilhelm Ritzmann, 261, Dönhofsstr. 22
Die Gemeinnützige Frau- und Betriebs-gesellschaft für Groß-Berlin, e. G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstr. 238, beabsichtigt seit dem 3. Oktober 1921 in Neubrandenburg, sämtliche Gebäude zu verpachten. Ihre Forderungen sind umgehend anzumelden.
Berlin, den 19. November 1921
Die Liquidatoren:
Wilhelm Ritzmann, Willi Ritzmann.

Beißfeldstecher
6. und 8. Fach, kaufmännig
M. Leckelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Königsplatz 92/93)

Kreuz-Alaska-Silber-Zobel-Rottfuchs
samtend billig von 20-50 M. an
Skunks-Garn, sehr billig
Pelzfutter für Damen und Herren von 250 M. an
Felle f. Besatz amer. Op. 65, austr. Op. 110, Seal El. 25, blauerfell, 45 M. an
Hemden f. Pelz für Sportpelz, sehr preiswert.
Pelzwarenhaus A. Klauß & Co.
Rosenauer Str. 40-41 am Reichertplatz

PELZWAREN auf Teilzahlung
Pelzwarenfabrik Kallis
Tilke-Wardenberg-Str. 11
am Bahnhof Tiergarten

Botenfrauen sofort gesucht
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
Expedition Pachmann
Stargarder Straße 13
Expedition Wengels
D, Cadiner Straße 11

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a, **Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfen,** teils auf Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfuchs 300, Zobel fuchs 400. Blau-, Silberfuchs, Skunks, Wölfe, Luchse, Sportpelze 800, Gelpelze 1500, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren.

Nach Meldungen von anderer Seite ist es auch in Welken-see zu Demonstrationen gekommen. So hatte sich auf dem Wälder Platz eine Ansammlung von mehreren Hundert Personen gebildet, die von einigen Rednern zu Blinderungen aufgefordert wurden. Eine Streife der Schutzpolizei zerstreute die Menge und verhaftete den Heizer Bellin und den Arbeiter Georg Lemke. Ein anderer Demonstrationzug, der sich in der Brenzlauer Allee bildete, wurde in der Nähe des „Verbinders“ von einer Auto-patrouille der Schupo aufgelöst. In der Greifswalder Straße wurde der Bäderladen von Hoff und das Verkaufslokal des Schlächtermeisters Franz Stenze geplündert.

Die Zustände auf den märkischen Wasserstraßen

Das Dampfergeschäft auf dem Wannensee beschäftigt noch immer die Gemüter der Bevölkerung. Nunmehr äußern sich die Organisationen der Schiffsführer und Bootleute dazu. Sie benutzen die Gelegenheit, um grundsätzlich auf die Fehler hinzuweisen, die seitens der Behörden und auch einzelner Dampfschiffahrtsgesellschaften gemacht werden. In erster Linie verlangen die Berufsleute, daß die Schiffs-führerprüfung durch unparteiliche Sachleute erfolgt. Vielfach kommt es nämlich vor, daß Schiffsführer nicht einmal die Vorschriften der Strom- und Wasserpolizei kennen. Eine sehr wichtige Frage ist dabei z. B. die Be-leuchtung der Schiffe durch Blendlaternen. Nach den Vor-schriften sollen diese auf 2000 Meter sichtbar sein, was aber dank der unangemessenen Vorleuchtungen der mangelhaft geprüften Rapi-den kaum auf 200 Meter der Fall ist.

Ferner wird das Fehlen von Rettungsvorschriften für die Binnengewässer bemängelt. Für die Seefahrt muß jedes Schiff mit Rettungsgürteln und Bojbooten versehen sein. Die Dampfschiffahrt in den Binnengewässern ist schließlich auch nicht mit den sogenannten Leichenhäfen versehen. Eine große Jahr-längigkeit liegt auch in der Beschaffung der Schwimgürtel. Kapitalistische Interessen sind es, die die Ausbuchtung derselben verhindern, weil die Bordseiten eines Schiffes zu Re-klamaz werden frei bleiben sollen. Hier wäre ein Einschreiten der Behörde notwendig?

Besonders schwer sind die Klagen der Hochsee aus der Binnen-schiffahrt über die „Stern“-Gesellschaft. Um nicht die tarifmäßigen Löhne zahlen zu müssen, geht diese Gesellschaft nach Stettin und wird sich dort Seeleute an, die aber von der Füh-rung eines Schiffes keine Ahnung haben, ja oft verachtet sie, wenn der Betreffende nur bei der „Kaiserlichen“ Marine gedient hat, auf jede Qualifikation. Der „Stern-gesellschaft“ muß daher einmal klar gemacht werden, daß sie nicht unumschränkte Herrin auf den Handelsschiffen, sondern eben nur so ge-bildet ist wie jede andere. Oder glaubt sie, weil sie provozierend die schwarzweiche Fahne am Heck führt, sich alles ge-statten zu dürfen? Auch die Behandlung und Bezahlung der Arbeitnehmer bei der „Stern“-Gesellschaft ist empörend. Daher Arbeiter, die Augen auf! Arbeitergeld ist es, was dieser Gesellschaft die Kapitalisten geschafft hat, deshalb ist es Pflicht der Arbeiterschaft, für Abhilfe zu sorgen.

Erweiterung des Autobusverkehrs. Eine Ausschussentscheidung der Allgemeinen Berliner Omnibus-A.G. beschloß, einer außerordent-lichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 2,45 Millionen (zu 12,6 Mill.) vorzuschlagen. Da Hochbahn und Stadt je über ein Drittel des Aktienkapitals verfügen, so handelt es sich bei der Genehmigung durch die außerordentliche General-versammlung nur um eine Formfrage. Es ist geplant, durch fünf neue Autobuslinien den Betrieb zu erweitern.

15 v. H. Beherbergungssteuer. Unter den vom Magistrat zur Auffüllung der städtischen Kassen vorgeschlagenen Maßnahmen be-findet sich auch die Erhöhung der gemeindlichen Beherbergungs-steuer. Bisher ist der Satz von 10 v. H. erhoben worden, der rund 100 000 M. pro Tag erbringt hat.

Die Umgestaltung des Berliner Feuerlöschwesens. Das Feuer-löschwesen wird in Berlin umgestaltet. Zunächst wird eine städti-sche Deputation für das Feuerlöschwesen aus 27 Mitgliedern ge-bildet. Dieser untersteht das neue Zentralamt mit vier Abteilun-gen: Feuerlösch (Ersatztruppe), Feuerverhütung, Technik und Tele-graphie. Das Gebiet der Stadtgemeinde wird in sechs Löschbezirke eingeteilt. Die Verwaltung und Instandhaltung der dem Feuer-löschwesen dienenden Gebäude unterliegen der Verwaltung der Bezirksämter, die auch das Personal zu Leistungen für andere Verwaltungen (Krankentransporte, Reparaturen) heran-ziehen können. Die Angelegenheiten der freiwilligen und die Ver-waltung der Berufswehren sind Aufgaben der einzelnen Bezirks-ämter, wenn Magistrat und Zentralamt dieselben ausdrücklich dazu ermächtigt. In Bezug auf Feuerlösch und den gesamten tech-nischen Betrieb ist jedoch lediglich das Zentralamt zuständig.

Gerantenstrafen bei der Quader-Spaltung in B. Weihenau. In einer Auflage zugrunde, welche die Berufsgerichtskammer des Landgerichts III beschloß, angeklagt war der Kaufmann Alfred Schödl. Der Angeklagte war im Felde schwer ver-wundet worden, so daß ihm später neunmal der Schaden aufge-merkt werden mußte. Als Schwerkrankenbeschädigter erhielt er eine Anstellung als Hilfsarbeiter bei der Gemeinde Welkensee, und hatte als solcher die von den einzelnen Schulleistern eingekommenen Gelder, welche die Kinder für die Quader-Spaltung bezahlen mußten, zu vereinnahmen und an die Gemeindefasse abzuführen. Als Kranke in seiner Familie eintrat, geriet Sch. in Not und ließ sich verleiten, sich an den eingezogenen Quadergeldern zu vergreifen. Um den Schaden wieder gut machen zu können, kam er auf den unglückseligen und gleichzeitlich recht dummen Ge-danken, sich an dem Weltkronen-Konto zu beteiligen, so daß er schließlich Unterschlagungen in Höhe von 37 000 Mark begangen hatte. — Das Schöffengericht verurteilte Sch. mit Rücksicht auf den schweren Vertrauensbruch zu 1 Jahr und 3 Monaten Ge-fängnis. Vor der Strafkammer erbat Rechtsanwalt Harry Hincus eine mildere Strafe unter Hinweis darauf, daß es sich um einen Schwerkrankenbeschädigten handele, der sich in höchster Not zu unrechtem Tun habe verleiten lassen. Das Ge-richt entsprach auch diesem Antrage und erkannte auf nur 6 Mo-nate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten der Untersuchungshaft, entließ den Angeklagten sofort aus der Haft und billigte ihm auch bedingte Wagnadigung zu.

Im Bett verbrannt. Die 45 Jahre alte Frau Emma Wolter aus der Loewestraße 16 verbrannte in ihrem Bett, das aus ungeklärter Ursache Feuer gefangen hatte. Als der Chemann gegen 1/5 Uhr morgens nach Hause kam, fand er seine Frau in dem brennenden Bett tot vor. Er alarmierte sofort die Feuerwehr, die den Wohnungsbrand löschte und die Ueberführung der Leiche nach dem Schanzenhof veranlaßte. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich in der Jagowstraße 22 in Moabit. In der Abwesenheit ihres Mannes, der Nachtwächter ist, kam in der Wohnung der Frau Dorothea Wolf Feuer aus. Die Feuerwehr löschte auf diesen Wohnungsbrand bald und fand dabei in ihrem Schlafgemach Frau Wolf mit schweren Brandwunden auf. Sie wurde in bedenklichem Zustand nach dem Moabiter Krankenhaus gebracht.

Gewerkschaftliches

Funktionärkonferenz der Metallarbeiter

Um eine grundsätzliche Aussprache und Stellungnahme über Tarifangelegenheiten und evtl. Kündigung des Lohnabkommens bei den Metallarbeitern herbeizuführen, wurde letzten Sonntag eine Funktionärkonferenz einberufen. Kollege Jiska als Bevollmächtigter behandelte diese Frage und stellte fest, daß das Metallkartell Forderungen gestellt habe und daß die Löhne entsprechend erhöht werden sollen. Aus bestimmten Gründen ist die zweite Forderung auf eine einmalige Wirt-schaftsbeihilfe vom Metallkartell abgelehnt worden. Die mittlere Verwaltung steht auch auf dem Standpunkt, daß für die jetzige Vertragsdauer eine Erhöhung der Löhne zu fordern sei. Die Höhe der Lohnerhöhung ab 1. Januar 1922 zu be-stimmen, war aber der Verwaltung unmöglich, da sie das Aus-maß der Teuerung nicht voraussehen konnte. Jiska führte aus, daß die qualifizierten Spezialarbeiter die treibenden Kräfte sind, die die Kündigung des gesamten Tarifes verlangen. Grundlag war bisher, daß die nicht qualifizierten Kollegen gestützt werden müssen. Das ist in vielen Fällen nicht getan worden. Unter keinen Umständen darf eine solche Anbahnung breiteren Boden finden. Während die Spanne zwischen geleiteten und Hilfsarbeitern vor dem Kriege etwa 100 Prozent betrug, gelang es, diese Spanne auf 20 Pro-zent herabzudrücken. Beim letzten Lohnabkommen vom 1. Sep-tember 1921 betrug diese Spanne aber nur noch 13 Prozent. Das ist ein großer Erfolg, und volkswirtschaftlich gesehen, sind die Unternehmer durch den Tarif mit ihren Anschauungen, die sie stärker hegten, jeden Tarif abzulehnen, niedrigerungen worden. Die Kündigung des Tarifes würde, wenn die Kon-junktur nachläßt, von Seiten der Unternehmer rücksichtslos gegen die Kollegen ausgenutzt werden. Von diesem Grundlag ausgehend, hat sich die Verwaltung einstimmig gegen Auf-hebung des Tarifes ausgesprochen.

Beschlossene Redner nahmen für und wider die Ausführungen Jiskas Stellung. Ein Antrag, einen Grundlohn festzulegen und eine gleitende Skala der Teuerung entsprechend für die Be-rechnung aufzustellen, wird mit zur Diskussion gestellt. Kollege Hoffmann schließt sich den Ausführungen von Jiska an und erklärt, ein Gegner von Spitzenlöhnen zu sein. Es müsse erstritten werden, den mittleren Lohn zu heben. Er stellt einen An-trag, wonach die Betriebsräte einberufen werden sollen und zwar für 100 Mitglieder einen, auf 300 zwei und auf 1000 drei Vertreter zu delegieren, die die aufzustellenden Forderungen be-schließen sollen. Ein Antrag, der eine Wirtschaftsbeihilfe für Ge-lernte von 1000 Mark, für Ungelernte von 1500 Mark vorsieht, wurde angenommen, desgleichen ein weiterer Antrag, der eine Lohnerhöhung von 5 Mark die Stunde verlangt. Die Versamm-lung beschloß, daß die Fortsetzung am Donnerstag, abends 7 Uhr, am selben Ort stattfinden soll.

Vor Eingang in die Tagesordnung berichtet Kollege Ulrich über die Schritte, die mehrere Kommissionen von Betrieben in der Frage der Freilassung der politischen Gefangenen zu Wittenburg unternommen haben. Unser Genosse Ledebour wünschte Bericht zu erstatten, mit dem die Versammlung einver-standen ist. Genosse Ledebour führt aus, daß es weniger aufs Reden, sondern nur aufs Handeln ankomme. Ledebour besprach die schwankende Haltung der Rechtssozialisten in dieser Frage, die ja unseren Genossen inzwischen ausreichend be-kannt sein dürfte. Er wünscht deshalb, daß die Genossen in den Betrieben alles daransetzen, daß endlich einmal unseren Gegnern durch einmütigen Kampf gezeigt werde, daß dem Terror der Regierung gegen politische Andersdenkende ein Ende bereitet werden muß. Nach einer längeren Diskussion wurde die Reso-lution von Hellwig angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Anlässlich der Besprechung, der in dem Wittenburger Zusich-laus in den Hungerstreik getretenen politischen Gefangenen, erklärt die am 20. November 1921 stattgefundene Funktionär-konferenz des D. M. B., daß, wenn die Gefangenen nicht sofort befreit werden, die proletarischen Organisationen sofort zu-sammenzutreten, um durch eine gemeinsame proletarische Aktion es zu erzwingen, daß die Gefangenen sofort befreit werden.“

Wirtschaftspolitische Forderungen

Die Belegschaft des H. E. G. Rabelwerkes Oberspree hielt am 19. d. M. eine Betriebsversammlung ab, die von 4000 Personen besucht war.

In einem kurzen Bericht über die Verhandlungen mit der Ge-neraldirektion, betreffs der Forderungen auf eine Wirt-schaftsbeihilfe, wurde der ablehnende Standpunkt der Generaldirektion, die sich an den Tarifvertrag gebunden fühle, mitgeteilt.

Nach kurzer Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt: „Die am 19. November 21 tagende Betriebsversammlung des RWD. nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der schroffen Ablehnung der Forderung der Wirt-schaftsbeihilfe durch die Generaldirektion. Bei dem Abschluß des letzten Lohnabkommens durch das Metallkartell ist die Teuerungswelle nicht berücksichtigt worden. Solche außerordentlichen Verhältnisse müssen auch außerordentlich behandelt werden. Das Metallkartell wird deshalb ersucht, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die berechtigten Forderungen behufs Aufbesserung unserer jetzt bestehenden Löhne zur Durchführung zu bringen. Die Ver-sammlung fordert die Gewerkschaften auf, alle Lohnkämpfe zu-sammenzufassen, um der geschlossenen Macht der Kapitalistenklasse die geschlossene Macht der Arbeiterschaft entgegenzusetzen.“

Weiter werden der A. D. G. B. und die Gewerkschaftskommission aufgefodert, die Arbeiterschaft auf die unaussprechlichen Kämpfe wirksam vorzubereiten, um das arbeitende Volk aus dem großen Elend herauszuführen. Die Belegschaft lehnt die Teilkämpfe ab, da dieselben nur das Proletariat in ihrem großen Endkampfe schwächen.“

Gleichzeitig wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Es ist sofort eine dreigliedrige Kommission zu wählen, die beim Justizminister vorstellig wird und ihn ersucht, die politischen Ge-fangenen, die in den Zuchthäusern schmachten, sofort freizulassen.“

Die Berliner Steinarbeiter und die Belegschaft der Firma Carl Schoening, G. m. b. H., Reinickendorfer Straße, nahmen in Ver-sammlungen fast gleichlautende Resolutionen an, in denen die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert und in Aussicht gestellt wird, bei Nichterfüllung alle Mittel in Anwendung zu bringen, um dem Verlangen Nachdruck zu verleihen.

Eine in einer Betriebsversammlung angenommene Entschlie-ßung der Belegschaft der Dinos-Automobilwerke A. G., Tempelhof, wendet sich gegen die wachsende Verelendung und ver-

langt ferner, daß der A. D. G. B., als Spitze der organisierten Ar-beiterschaft, sofort seine bisher theoretisch aufgestellten Forderun-gen zur Ausführung bringen soll.

Die Belegschaft der Firma Carl Beermann, Treptow, be-schloß in ihrer Betriebsversammlung alle sozialistischen Parteien und den A. D. G. B. aufzufordern, die Amnestie für die poli-tischen Gefangenen zu erwirken.

Vorsicht bei Arbeitsannahme

Der Ortsausflug des A. D. G. B. in Bremen warnt davon, nach Bremen zu gehen. Das Unternehmertum arbeitet mit schwarzen Listen und stellt keinen Arbeiter ein, der bei einem Streik beteiligt war, selbst wenn dieser auch Monate zurückliegt. In auswärtigen Zeitungen suchen nun die Bremer Meister die Ar-beitskräfte, obwohl in Bremen genügend vorhanden sind. Die Arbeitsverhältnisse in Bremen sind schlecht und es werden alle Arbeiter aufgefordert, Bremen zu meiden.

Bei der Vulkanwerft in Hamburg sind mit den Tisch-lern Differenzen wegen ungünstiger Akkordarbeit ausgebrochen. Die Betriebsarbeiterschaft steht z. T., wie uns mitgeteilt wird, in einer Lohndebatte, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Vulkanwerft sucht aber in ganz Deutschland etwa 1000 Tisch-ler. Es wird deshalb gewarnt, nach Hamburg zu gehen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Städtische Betriebe. Vollversammlung der kommunalen Be-triebsräte Berlins am Freitag, den 25. November 1921, nach-mittags 6 Uhr, pünktlich in der Stadthalle, Klosterstraße. 1. Die wirtschaftliche und politische Lage; 2. Bericht des geschäftsführen-den Ausschusses in der Frage „Massenentlassung“. Vollständiges Erscheinen aller Betriebsräte ist in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich. Betriebsausweise der Dienststelle sind am Eingang vorzulegen. Ohne Ausweis kein Zutritt. Der geschäftsführende Ausschuss.

Rupferschmiede der H. E. G. D. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 2, eine Sitzung sämtlicher Kollegen, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen, statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Schuhmacher. Heute, Mittwoch, den 23. November, öffentliche Versammlung in Schönberg in den Neuen Rathsausälen, Martin-Luther-Str. 69, für die weilligen Vororte.

Glafer. Heute, Mittwoch, früh 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Zum Metallarbeiterfreil in Düsseldorf. Der Streik in Düssel-dorf dauert zur Stunde noch an. Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes sind zwecks Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister nach Berlin gefahren. Die Christlichen nahmen am Montag unter ihren Mitgliedern eine Abstimmung vor, dessen Resultat noch nicht vorliegt.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Zentraler Parteitag, Sonnabend, 26. November, nachm. pünktlich 5 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Erziehungsstelle, Tagesordnung: Die politische Lage, Erklärungen über die Pflicht. Die Geschäftsleitung.

Die Kinderkommission der Arbeiterschaft von Groß-Berlin fordert die mütterlichen und helferischen aller Hausfrauen auf, Freitag, den 25. No- vember, pünktlich 5 Uhr, zu dem Vortrag der Gen. Weisemann: „Die Sozialisten in der Wohlfahrtsarbeit“ zu erscheinen. Der Vortrag findet Breite Straße 5-9 in der Arbeiter-Erziehungsstelle, statt. Erscheinen ist Pflicht.

Mittwoch, 23. November

1. Verwaltungsbereich, 4. Bezirk (Witten). Vorberathung bei Witten, Bülowstr. 16. Bildungs-Kommissionstagung 8 Uhr. Köpfigliches Erscheinen not-wendig. — Die Parteigenossen werden auf den abends 7 Uhr in der Schulstraße, 16. Bezirk, stattfindenden Elternabend besonders aufmerksam gemacht. Gäste und Gönner sind eingeladen.

2. Verwaltungsbereich, 1. Bezirk (Witten). Abends 7 Uhr Unterhaltungs- und Spiel-abend der Jugendabteilung bei Weier, Mühlentstr. 12. Alle Jugendlichen bis zu 18 Jahren sind dazu eingeladen.

3. Verwaltungsbereich (Reinickendorf, Tegel). Abends 6 1/2 Uhr Vorkonferenz der kommunalen Kommission mit den Bezirkskoordinatoren in Sitzungssaal des Reinickendorfer Rathauses.

Verwaltungsbereich Wedding. Abends 6 Uhr Bezirksversammlung im Ledigensheim. Alle Stadt- und Bezirksvereine müssen unbedingt erscheinen.

4. Bezirk, Filialkommission, 7. Uhr, Vorkonferenz, Schule Tegelstr. 12. 12. Bezirk, 2. Abteilung, Abends 7 Uhr bei Frau, Panajet Str. 71.

Karlshof. Abends 7 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Jugendklub der Volkshochschule, Wagners-Bülowstr. 44. Tagesordnung: 1. Stellung-nahme zum Parteitag, Referenzen: Gen. Ritter und Juhl. 2. Hauptstraße. 3. Reso-lutionen.

Waldsee H. E. G. D. Karlshof. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendklub der Volkshochschule, Wagners-Bülowstr. 44. Stellungnahme zum Parteitag.

13. Bezirk, Köpenickerhöfen. Alle Ortsgruppen neue Flugblätter abholen bei Täger, Mühlentstr.

Donnerstag, 24. November

12. Verwaltungsbereich (Steglitz, Richterfelde, Sanktgl.) 1/2 Uhr Bezirkskonferenz- versammlung in der Aula der Oberrealschule, Steglitz, Eisenstraße. — Stellung-nahme zum Parteitag (Bericht). Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralver-sammlung. Mitgliederbuch mitbringen.

13. Verwaltungsbereich (Kempner, Marzahn, Marienfelde, Lichterfelde). Abends 7 Uhr gemeinsame Mitglieder-Versammlung in der Aula, Marzahn, Kurfürstendamm. Vortrag des Genossen Ludwig: Die bevorstehende Verbandsgeneralversammlung. Mitgliederbuch legitimieren.

14. Verwaltungsbereich. Abends 7 1/2 Uhr Bezirks-Generalversammlung in der Schulstraße, Nieder-Schönheide, Berliner Straße. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Quartalsbericht, 3. Parteitagegenstände. Mitgliederbuch legitimieren.

Verwaltungsbereich Köpenicker-Gebiet und -Land. Abends 6 Uhr Ver- sammlung der kommunalen Kommission und Bezirkskoordinatoren in Rathaus, Zimmer 15. Vortrag des Gen. Schilling.

5. Bezirk, Abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Aula, Marzahn, Kurfürstendamm. Vortrag des Genossen Ludwig: Die bevorstehende Verbandsgeneralversammlung. Mitgliederbuch legitimieren.

8. Bezirk, Abends 7 Uhr Bezirks-Generalversammlung in der Schulstraße, Köpenick, Köpenickerstraße. Tagesordnung: 1. Referat Parteitag, 2. Aufstellung der Parteitagegenstände, 3. Beschlüsse. Mitgliederbuch legitimieren. Die Gruppen-führer haben besonders ein.

Bereinskalender

Mittwoch, 23. November

Maniater und Pianomacherarbeiter. Nachm. 5 Uhr Versammlung in den Anker-Geheilen, Wagnersstr. 11. Tagesordnung: Bericht über die diesjährigen Verhandlungen. Die Mitglieder der Branchenkommision treffen sich pün-ktlich um 4 1/2 Uhr im selben Lokal.

Zentralverband der Holzarbeiter. Jägerstrassenklub. Abends 8 Uhr Mitglieder-versammlung in Hobels Brunnstr., Bergmannstr. 1-7.

Veranstaltung für Politik und Revolution: Des Reichs- und Berlin-Ver- bandes für Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftlichen: H. Hubert, Berlin; für den Interkontinental und geistliche Mittelungen: Ludwig Rosenthal, Berlin; Oberleitungs- und Verbandskommission: H. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin S. 2, Breite Straße 5-9.

Bei Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadern- geschwüren, Hämorrhoiden ist San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe seit 100 Jahren ein bewährtes und schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 7.50 und 14.50 M. Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74 am Schönholzer Platz, Berlin, Centr. 7110



Sie hält ihr Versprechen:
die gute
MASSARY-CLASSE, eine wirklich
genußreiche 50.8 Zigarette.
Urteilen Sie selbst!